

Tagebuch

Der große Unbekannte

Shou Zi Chew liebt die Zurückhaltung und ist als Chef von Tiktok in die Kritik geraten. Wird die App verboten?

■ Mark Sweney, Johana Bhuiyan

Man kann nicht gerade sagen, dass Shou Zi Chew ein besonders produktiver Tiktok-Boss der App, die zu einem chinesischen Mutterunternehmen gehört, hat gerade mal 23 Beiträge veröffentlicht und er verfügt über 17.000 Follower – nach den Maßstäben seiner eigenen Plattform ist das praktisch nichts. Chews Tiktok-Profil zeigt ihn als Besucher von Sportereignissen, auf Reisen nach Paris und London, beim Probieren von Nashville Hot Chicken oder Boot fahrend auf einem See, häufig versehen mit Allgemeinplätzen wie: „Ich liebe die Natur!“

Es ist deshalb sicher nicht übertrieben, wenn man sagt, dass Chew kein Influencer ist. Doch sein Einfluss auf eines der am schnellsten wachsenden, populärsten und – wie manche sagen – gefährlichsten sozialen Netzwerke steht immer stärker unter Beobachtung.

Vor Kurzem musste Chew dem mächtigen Energie- und Handelsausschuss des US-Repräsentantenhauses Rede und Antwort stehen. Es ging um eine Reihe von Vorwürfen: zum Beispiel, dass die chinesische Regierung Zugang zu den Tiktok-Daten von US-Nutzer:innen erhalten könnte. Oder dass die App die mentale Gesundheit von Teenagern gefährde. Es steht viel auf dem Spiel für Chew: In den USA wurde die Nutzung der App auf Smartphones von Regierungsangestellten bereits verboten. Großbritannien hat inzwischen nachgezogen. Zudem drohte die Regierung Biden ein nationales Verbot an, sollte die chinesische Muttergesellschaft ByteDance nicht ihre Anteile an Tiktok verkaufen. Ähnliche Forderungen gibt es auch in Europa.

Shou Zi Chew stammt aus Singapur und wuchs in relativ bescheidenen Verhältnissen auf. Sein Vater arbeitete auf dem Bau und seine Mutter war Buchhalterin. Eine entscheidende Weichenstellung für sein weiteres Leben ereignete sich, als er zwölf Jahre alt war. Sehr gute Noten in einem landesweiten Examen ermöglichten ihm den Besuch einer Elite-Highschool, auf der er neben seiner Muttersprache Englisch fließend Mandarin lernte. Nach seinem Militärdienst – Chew ist bis zum Alter von 50 Jahren Reserveoffizier in der singapurischen Armee – machte er seinen BA in Wirtschaftswissenschaften am University College London. Danach blieb er in der britischen Hauptstadt und arbeitete zwei Jahre lang als



FOTO: MATT MCCLAIN/FOR THE WASHINGTON POST/GETTY IMAGES

Nach einem Praktikum bei Facebook ging es steil nach oben: Heute leitet Shou Zi Chew ein soziales Netzwerk mit inzwischen mehr als drei Milliarden Downloads

Banker bei Goldman Sachs. Der Job im Investmentbanking brachte ihn schließlich in Kontakt mit dem jungen Zhang Yiming, dem Gründer von Tiktoks Mutterunternehmen ByteDance, als dieser dabei war, das Unternehmen in einer engen Wohnung im Pekinger Universitätsviertel zu gründen. 2010 ging Chew dann in die USA und machte seinen MBA an der Harvard Business School. Während eines Praktikums bei Facebook sammelte er erste Erfahrungen mit dem Leben in der Tech-Branche. Damals war das soziale Netzwerk noch im Start-up-Modus und ging dann 2012 an die Börse.

Chews spärliche Online-Präsenz passt zu seinem öffentlichen Auftreten. Seit er vor zwei Jahren Tiktok-Chef wurde, verhielt er sich stets ruhig, selbst als seine Firma ins Rampenlicht der Politik geriet. Abgesehen von einigen ausgewählten Interviews agiert er hauptsächlich im Hintergrund, er scheut das Licht der Öffentlichkeit. Bereits im vergange-

nen Jahr versuchte das Unternehmen etwas gegen die Besorgnis einiger Kongressabgeordneter wegen der Datensicherheit zu tun und dem Vorwurf entgegenzutreten, dass Teenager durch eine exzessive Nutzung der App psychischen Schaden nehmen. Laut eigenen Angaben hat Tiktok inzwischen mehr als 1,4 Milliarden Euro für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben. Unter anderem veranlasste der Konzern die Löschung von US-Nutzerdaten, die in seinen Speicherzentren in Virginia und Singapur gesichert sind. Außerdem hat Tiktok damit begonnen, den gesamten US-Datenverkehr über Oracle-eigene Server zu leiten. Und nicht zuletzt verkündete das Unternehmen kürzlich, dass es die Bildschirmzeit für unter 18-jährige Nutzer:innen auf eine Stunde täglich reduzieren wolle.

Die Unbekanntheit seiner Person in der Öffentlichkeit bewahrte Chew vermutlich davor, persönlich ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. Andererseits ist diese Unbekanntheit möglicherweise auch ein Problem bei dem Versuch, Gesetzgeber und Bürger davon zu überzeugen, dass die Sorgen vor einer chinesischen Überwachung unbegründet sind. Die Aura des Geheimnisvollen um ByteDance und Tiktok und die Ungewissheit, ob sie etwas Ungesetzliches tun, sei Teil des Problems, meint der Gründer des Branchen-Newsletters *Geekout*, Matt Navarra. „Chews Unbekanntheit und dass man nicht weiß, wer er ist, kann ein Segen sein. Es ist aber auch ein Nachteil, weil die Leute nachvollziehen und verstehen wollen, was Tiktok und ByteDance sind, um einzuschätzen, wie hoch das Risiko ist.“

Chew sagt dagegen: „Tiktok hat nie US-User-Daten an die chinesische Regierung weitergegeben. Auch würde Tiktok einer solchen Anfrage nicht entsprechen, sollte sie jemals gestellt werden.“ Bereits in der Vergangenheit hat Chew immer wieder darauf hingewiesen, dass zwar ByteDance in China sitzt, Tiktok selbst aber in China nicht zum Download zur Verfügung steht und alle US-Nutzerdaten im US-Bundesstaat Virginia gespeichert werden, mit einem Backup in Singapur.

Bisher hat die US-Regierung noch keine stichhaltigen Beweise für einen Zugriff der chinesischen Regierung auf Tiktok-Nutzerdaten vorgelegt. Dennoch wird der Druck auf den Tiktok-Chef immer größer, der Ausgang der Debatte in den USA ist dabei von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Unternehmens. Denn falls Tiktok dort verboten wird, werden andere Staaten in Europa sicher nachziehen.

Liebe Leserinnen und Leser,

als ich mir in einem Institut erklären ließ, wie vertrocknet Brandenburg sei, platzte es aus dem Experten heraus: „Ihr Journalisten stellt immer die falschen Fragen!“ Das kratzt an der Berufslehre. Was denn die richtige Frage sei? Der Experte brachte mich mit seiner Antwort auf die Idee: Man müsse recherchieren, wie das ohnehin dürre Brandenburg denn bitte zum Wasserstoff-Hotspot werden soll – die Produktion dieses Wundermittels sei doch extrem wasserintensiv. Zusammen mit der MOZ-Kollegin Ina Matthes bin ich dieser Frage nachgegangen. In unserem Titelthema lesen Sie von einer Landesregierung, die Brandenburg zum „Wasserstoff-Land“ machen will, aber keinen Schimmer hat, ob dafür genug blaues Nass unter den Böden schlummert.

Nicht nur in Deutschland ist es zu trocken: Zehn Prozent der Weltbevölkerung sind von Wasserknappheit bedroht. Tun unsere Regierungen genug dagegen? Ihr Dorian Baganz

Wochenthema

Es wird knapp S. 6/7

Nicht nur in Italien, Frankreich und Katalonien trocknen Flüsse aus

Politik

An der Ampel in Deutschland S. 5

Eine grüne Welle ist das wohl kaum: Über den Koalitionsausschuss

Stephan Hebel

An der Bar in Bulgarien S. 10

Unser Reporter traf eine Wirtin – und stellte dann fest, wie berühmt sie ist

Martin Leidenfrost

Wirtschaft

Inflation ist Verteilungskampf S. 16

Jung, links, Ökonom, Youtube-Erklärer: Im Gespräch mit Maurice Höfgen

Pepe Egger

Debatte

Künstliche Intelligenz S. 17

Der Deutsche Ethikrat hat recht: Die KI-Entwicklung braucht Grenzen

Björn Hayer

Kultur

Ein Treffen mit Jens Harzer ... S. 23

... und dann ruft Leander Haußmann an, wegen der Premiere am Thalia Theater

Antonia Munding

Nichts ist besser als Schwimmen S. 25

Kristine Bilkau hat ein tolles Buch über das Gleiten durch Wasser geschrieben

Beate Tröger

A-Z Finnland S. 28

Im Finnischen gibt es eigentlich kein „Z“!

Impressum

Verleger Jakob Augstein

Chefredaktion

Philip Grassmann (V.i.S.d.P.),

Sebastian Puschner (Stellv.)

Verantwortliche

Redakteure

Michael Angele (Debatte),

Pepe Egger (Wirtschaft,

Grünes Wissen),

Christine Käßler (Kultur),

Sebastian Puschner (Politik)

Online-CD Robert John

CvD Marco Rüscher

Redaktion

Leander F. Badura (FM*),

Dorian Baganz,

Ulrike Baureithel (FM),

Lutz Herden,

Ozge Inan,

Michael Jäger (FM),

Eisa Koehler,

Benjamin Knödler,

Maxi Leinlauf,

Alina Saha,

Velten Schäfer,

Katharina Schmitz,

Barbara Schweitzerhoff (FM),

Ebru Tadlemir

Gestaltung

Lisa Kolbe (Art Direction),

Christian Bobens (Stellv.),

Susann Massute (Titel),

Felix Velasco (Z Grafik),

Niklas Rock (Bild),

Ann-Kristin Ziegler (Bild)

Redaktionsassistenz

Jutta Zeise

Verlag und Redaktion

der Freitag

Mediengesellschaft mbH &

Co KG, Hegelplatz 1,

10177 Berlin,

Tel.: (030) 29 087-0

www.freitag.de

Geschäftsführung

Jakob Augstein,

Dr. Christiane Düts

Beratung

Prof. Christoph Meier-Siem

Verlagsleitung

Nina Moynhofer

Anzeigen Johann Plank

(Tg.), Alexander Kursawe,

Ozgül Kilinc

Marketing & Vertrieb

Andreas Bednarek (Tg.),

Alena Brett,

Johannes Krätschell,

Haydar Yüce

Jahresbezugspreis € 235,20

Ermäßigter für unter

30-Jährige und

Rentner:innen € 179,40

im Ausland € 295,20

Aboversaltung

PrimaNeo GmbH & Co. KG

Aboverservice

Tel.: (040) 29 614 670

Einzelhandelsvertrieb

stella distribution GmbH

www.stella-distribution.de

Druck BVZ Berliner

Zeitungsdruck, Am

Wasserwerk 11, 10965 Berlin

*FM = Freie/r Mitarbeiter/in

Hans-Georg Ehrhart beunruhigt Russlands Raketenstationierung in Belarus

Wacht endlich auf

Während russische Truppen seit Wochen versuchen, die hart umkämpfte ukrainische Stadt Bachmut einzunehmen, dreht sich die Eskalationsspirale in den vergangenen Tagen unvermindert weiter. Vor einer Woche beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, für die Ukraine eine Million Artilleriegeschosse beschaffen zu wollen. Die Slowakei begann mit der Lieferung von MIG-29-Kampfflugzeugen, Deutschland von Leopard-2-Panzern. Großbritannien erklärte, mit abgerichtetem Uran versehene panzerbrechende Waffen schicken zu wollen.

Präsident Wladimir Putin wiederum setzte einen drauf: Er kündigte seinerseits die Stationierung taktischer Atomwaffen im Nachbarland Belarus an. Vor Kurzem hatte Moskau bereits seine Beteiligung am New-START-Vertrag – dem letzten strategischen Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland – und am Wiener Dokument, einem Mechanismus für Vertrauensbildung und Sicherheit in Europa, ausgesetzt. Und Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats in Moskau, erklärte mit Nachdruck, sein Land werde jeden Versuch, die Krim

zu erobern, mit dem Einsatz von Kernwaffen beantworten.

Offiziell präsentiert Putin die Dislozierung in Weißrussland als Antwort auf die seit Jahrzehnten in Deutschland, Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei lagernden US-Atomwaffen und als Schutz für das an drei NATO-Mitglieder grenzende Belarus. Tatsächlich ist die Maßnahme wohl eher als Drohung gegen die wachsende militärische Unterstützung der Ukraine durch den Westen und die Absicht Kiews gedacht, die Krim zurückzuerobert. Wie dem auch sei, Moskau verschafft sich neue militärische Optionen für das Schlachtfeld und einen zusätzlichen Verhandlungsschritt für die angestrebte Neuordnung Europas.

Die technischen Voraussetzungen für das Lagern von Sprengköpfen sollen bis zum 1. Juli 2023 vorhanden sein. Damit schließt sich der Kreis zu den bereits im Nachbarland befindlichen Trägersystemen wie atomarwaffenfähigen Flugzeugen, Raketen und Artillerie. Nach der russischen Nukleardoktrin sind taktische Atomwaffen integraler Bestandteil der Verteidigung, sollte es zu einem Angriff mit Massenvernichtungswaffen kommen oder einen die staatliche Existenz bedrohen-

den konventionellen Angriff geben. Bislang hatte Russland alle taktischen Nuklearwaffen auf seinem Territorium stationiert. Das ändert sich nun.

Die westliche Reaktion beschränkt sich bislang auf das Abwiegeln und ein „Weiter-so“. Washington beschwichtigt, es lägen keine Hinweise auf die Vorbereitung eines russischen Nuklearschlags vor. Berlin verurteilt den „Versuch nuklearer Einschüchterung“ und nennt den russischen Vergleich mit den taktischen Kernwaffen der USA in Europa „irreführend“. Als ob es darauf ankäme! Wichtiger ist doch wohl, dass Moskau sich eine weitere nukleare Option geschaffen hat. Es könnte diese nun vom Nachbarland aus nutzen in der Hoffnung, dass sein eigenes Territorium von möglichen Gegenmaßnahmen verschont bleibt. Dadurch sinkt die Schwelle für den Einsatz taktischer Atomwaffen.

Für viele Experten mag die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Eskalation noch immer gering sein. Dass sie mit der Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus aber weniger gering wird, können auch sie nicht ernsthaft bestreiten. Darum ist es höchste Zeit, das Schlafwandeln in Richtung Abgrund zu beenden.

Katharina Schmitz ist großer Fan von Hausaufgaben

Bildungsgerechtigkeit? Naiv!

Aus ungewohnter Ecke kam kürzlich eine bildungspolitische Intervention. Hausaufgaben sollten abgeschafft werden, forderte die Linken-Vorsitzende Janine Wissler in einem Gastbeitrag für den *Tagesspiegel*. Denn der alltägliche Hausaufgaben-Stress vergiftet das Familienklima. Noch überraschender folgten prompte Reaktionen seitens der bildungspolitischen Sprecher der Parteien, ganz so, als sei die Debatte über lästige Hausaufgaben kein oder Hut. Die alten Pro/Contra-Argumente verteilen sich dagegen erwartungsgemäß nach politischer Couleur.

Der Bildungserfolg eines Kindes hänge stark vom Engagement der Eltern ab, argumentiert Nina Stahr von den Grünen. Was nun wirklich keine neue Erkenntnis ist. Wo eine Hausaufgabengegnerin wie Stahr jedoch ergebend naiv irrt, ist die Annahme, dass Eltern ihren Bildungserfolg deshalb bremsen könnten, weil sie das Ideal der Bildungsgerechtigkeit grundsätzlich gutheißen. Diese Eltern sind ja vielmehr desillusioniert und misstrauisch. Würden die Hausaufgaben abgeschafft, dürfte vielmehr die heimliche Kontrolllampe bei vielen auf Rot schalten. Und bei Kindern mit sogenanntem bil-

dungsbenachteiligten Hintergrund würde die ja eigentlich sinnvolle Balance zwischen Eigenverantwortung und pädagogischer Kontrolle komplett wegfallen. Muss man dafür an die drastischen Folgen der Schulschließungen während der Corona-Pandemie hinweisen?

Zudem: Nicht jeder alte Hut ist oll, zum Beispiel so ein Spruch wie „Wer schreibt, der bleibt“. Die bildungspolitischen Sprecher von CDU und FDP wiederholen daher zu Recht, dass Hausaufgaben für die Vertiefung von Erlernem unerlässlich sind. Auch Oliver Kaczmarek (SPD) ist erwartungsgemäß kein Freund von Hausaufgaben. Er will den konsequenten Ausbau von Ganztagschulen. Angesichts des katastrophalen Lehrermangels fragen sich viele Eltern allerdings derzeit, ob diese nicht zu Aufwahrungsstätten verkommen, die ihre Kinder allenfalls von übermäßigem Medienkonsum fernhalten.

Was viele nicht wahrhaben wollen: Je älter sie werden, desto untrügerlicher wird es für Schüler:innen, ihre beste Zeit in einer Lernanstalt zu versauern. Dann doch lieber Streit mit den Eltern über Hausaufgaben. Viel leichter vertrauen sie eines Tages, wenn schon nicht auf das Bildungssystem, aufs eigene Kind.